

DER KLABAUTERMANN UND DER LYDISCHE HIRTE:  
AUS DEM SCHATZKÄSTLEIN ERBAULICHER HISTORIE

*Von Peter Heumos*

Wissenschaftliche Kontroversen beleben das Geschäft.\* Die Polemik Eva Broklovás gegen einige Beiträge zur tschechoslowakischen Geschichte zwischen 1918 und 1948, die ich in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen veröffentlicht habe, geht

\* Frank Hadler danke ich für sachkundige Anregungen und stilistische Verbesserungen.

jedoch an den Aussagen dieser Beiträge so weit vorbei, daß von einer wissenschaftlichen Kontroverse im herkömmlichen Sinne nicht die Rede sein kann. Broklovás Polemik ist zuallererst ein methodisch betriebenes „Kannitverstan“ mit dem Ziel, Mauern gegen ein bestimmtes Frageinteresse zu errichten. Es ist nicht ohne Logik, daß Broklová unter dem Druck einer solchen Immunisierungsstrategie die Auseinandersetzung auf eine andere, billige Punktgewinne versprechende Ebene verlagert und den schauernden Leser wissen läßt, daß ich – ganz schlüssig ist sie sich da allerdings nicht – entweder dem Denken der braunen Horden folge (S. 390, 394) oder im Fahrwasser roter Interpretationen segle (S. 398).

Da Broklová meine Argumente aus dem Zusammenhang isoliert, sie durch ihre Zitierweise dermaßen unkenntlich macht, daß ich selbst sie kaum wiedererkenne und ihre Einwände auf Voraussetzungen beruhen, die ich gerade in Frage stelle, bleibt mir nichts anders übrig, als meine Thesen<sup>1</sup> noch einmal knapp darzustellen. Mit einigen Sätzen gehe ich auf die Deutungskonstrukte ein, die der Polemik Broklovás zugrunde liegen. Dies auch deshalb, weil Broklová mit ihren Auffassungen nicht allein steht. Mit dem Hinweis auf Tendenzen, die über die Ausführungen der Autorin hinausgehen, könnte die in der Sache bisher eher unergiebigte Auseinandersetzung vielleicht doch einen Sinn machen.

I. Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Frage, auf welche Weise in der Ersten Tschechoslowakischen Republik gesellschaftlich-politische Konflikte geregelt wurden und wie die tschechoslowakische parlamentarische Demokratie der Zwischenkriegszeit organisiert war. Dazu kommt die keineswegs originelle Feststellung, daß die Geschichte keine tabula rasa kennt, d. h. daß die tschechische und slowakische Gesellschaft trotz der tiefgreifenden Veränderungen ihres politischen Systems in den Einschnitten von 1938/39 und 1945 und trotz der damit auch verbundenen enormen Umbrüche ihrer sozialen Struktur vieles von ihren traditionellen Wertorientierungen, Denkvorstellungen und politischen Verhaltensmustern bewahrten, was bei der kommunistischen Machtübernahme 1948 schließlich eine Rolle spielte. So steckten beispielsweise ein Drtina und andere in der Regierungskrise im Februar 1948 so tief in der politischen Vorstellungswelt der Ersten Tschechoslowakischen Republik, daß sie in der Nationalen Front nichts anderes zu sehen vermochten als eine „volksdemokratische Pětka“.

Unter dem Aspekt der gesellschaftlich-politischen Konfliktregelung war die Erste Tschechoslowakische Republik – wie Österreich oder die Schweiz in jener Zeit – eine Proporzdemokratie, d. h. die Interessenabstimmung zwischen den Parteien der Regierungskoalitionen vollzog sich im Wege des Junktims, durch punktuelle Alliiierung sachlich begrenzter Interessen. Proporzsysteme sind als Gleichgewichtskonstruktionen gedacht und funktionieren in der Praxis auch so; das erklärt die vergleichsweise hohe soziale Stabilität der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Diese hatte andererseits ihren Preis: Das Konfliktregelungsmuster des Junktims bzw.

<sup>1</sup> Deren Grundmuster in: Thesen zur sozialgeschichtlichen Dimension eines Systemzusammenbruchs. Das Beispiel der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1938/39. Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994) 55–61.

der paktierten Gesetzgebung erwies sich angesichts großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme (Weltwirtschaftskrise) als zu begrenzt, da wegen der Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts zwischen den Parteien Veränderungen nicht zu Lasten der im Proporzkartell etablierten politischen Kräfte gehen durften. Wichtig ist ferner die im Gefolge der Proporzkonstruktion über Ämterpatronage und „Encadrierung“ hergestellte parteipolitische Segmentierung der gesellschaftlichen und politischen Sphäre, die das ohnehin sehr stark zersplitterte gesellschaftliche Organisationswesen (intermediäres System) der ČSR auf einer zweiten Ebene noch einmal desintegrierte. Die Tatsache, daß im tschechoslowakischen gesellschaftlichen Organisationsystem in hohem Maße Ordnungsvorstellungen über eine „staatsfreie“ Lösung gesellschaftlicher Konflikte verbreitet waren (wie sich etwa am Genossenschaftswesen und am antietatistischen Sozialismus-Konzept der tschechoslowakischen nationalen Sozialisten zeigen läßt), förderte Tendenzen zur Abkoppelung sozialer Probleme von staatlicher Zuständigkeit und den zentralen politischen Entscheidungsarenen; das ist beispielsweise für den industriellen Konflikt (u. a. über das Genter System) weitgehend gelungen. Andererseits wurde gerade an der spezifischen Regelung des industriellen Konflikts deutlich, daß das gesellschaftliche Organisationssystem bei hoher Fragmentierung, entsprechend punktueller Problemlösungskapazität und mit beschränktem Zugang zu den zentralen politischen Machtorganen, keine effektive Interessendurchsetzung leisten konnte: Daher mußten substitutive Regelungen gefunden werden, die informeller, nichtinstitutionalisierter Natur waren und Interessendurchsetzung an personale Vermittlungsmuster banden. Auf der politischen Ebene finden wir Vergleichbares, wenn wir an das informelle republikanische Machtzentrum der „Burg“ (hrad) denken oder den dem Parlament vorgeschalteten Fünferausschuß (pětka), ein extrakonstitutionelles Gremium, das im wesentlichen darüber entschied, welche Fragen als „politikfähig“ in die Verhandlungen des Parlaments gelangten. Ein Reflex solcher Strukturen läßt sich u. a. in Masaryks Demokratiebegriff nachweisen, der die ethische, sozialmoralische und -philosophische Dimension von Demokratie unterstreicht, deren institutionelle Arrangements aber weniger. Zweifellos ermöglichen die informellen Vermittlungsmuster eine elastische (weil programmatisch unscharfe) Form des Interessenausgleichs, sie waren zugleich ein Symptom der Schwäche des demokratischen Institutionen- und gesellschaftlichen Organisationsystems der ČSR: Im einen Falle lassen sie es gar nicht dazu kommen, daß die organisatorischen Arrangements der parlamentarischen Demokratie wirklichen Belastungsproben ausgesetzt werden und höhlen diese damit aus (was im sang- und klanglosen „Eingehen“ der Nationalversammlung nach 1933 zum Ausdruck kommt), im anderen Fall können sie lediglich eine punktuelle und inkonstante Form der Interessenvermittlung leisten (wie an der schwankenden Erfolgsbilanz der zwischen Industrie und Regierungsbehörden vermittelnden Arbeiterdeputationen abzulesen ist). Für die Bestandsschwäche des intermediären Systems ist schließlich in Anschlag zu bringen, daß dessen organisatorische Partikel aufgrund ihrer z. T. extrem hohen Spezialisierung nur fallweise als politischer Machtfaktor auftraten, nämlich aller Wahrscheinlichkeit nach bloß dann, wenn eben diese hochspezialisierten Interessen berührt wurden. Da Interessengruppen in aller Regel nur so stark sind, als sie bestimmte Interessen monopolisieren und damit national legitimieren können, ist die hohe Fragmentie-

rung des gesellschaftlichen Organisationswesens der ČSR in der Zwischenkriegszeit ein Indiz für dessen relative Machtlosigkeit im gesamtpolitischen Prozeß. Dieser Zustand räumte dem Staat und autoritär-rechtsgerichteten Orientierungen, die in der Ersten Tschechoslowakischen Republik zu keiner Zeit die Oberhand gewinnen konnten, in Krisenzeiten eine dominante Einflußchance ein, was zu der Frage berechtigt, ob gesellschaftlich-politischer Pluralismus per se, unabhängig davon, wie dieser *organisiert* ist, als Garant von Demokratie vorausgesetzt werden kann. Nach der Zerschlagung der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Frühherbst 1938 brechen die hochdifferenzierten demokratischen gesellschaftlichen und politischen Organisationsstrukturen ohne nennenswerten Widerstand zusammen, werden durch einige Großorganisationen ersetzt, die den demokratischen Leitbildern der Zwischenkriegsrepublik nicht mehr entsprechen und im Frühjahr 1939 im *Národní souručenství* (Nationale Gemeinbürgschaft) integriert werden, das den autoritären Ständestaat des italienischen Faschismus propagiert. Dieser Vorgang macht unübersehbar klar, daß es der Ersten Tschechoslowakischen Republik nicht gelungen war, ihr demokratisches Potential organisatorisch zu bündeln<sup>2</sup>.

Unter anderen gesamtpolitischen Vorzeichen wiederholt sich dieser Systemzusammenbruch zehn Jahre später während der kommunistischen Machtübernahme: Die traditionellen Organisationsmuster gesellschaftlich-politischer Interessen waren zwischen 1945 und 1948 noch lebendig, durch Okkupation und Krieg aber entkräftet und lagen quer zum „stählernen Gehäuse“ eines neuen Systems der Organisation gesellschaftlicher und politischer Interessen, das diese – auch in einer kritischen Wendung gegen die Zwischenkriegsrepublik – großflächig zusammenfaßte und autoritär aggregierte (weitreichende Vereinfachung des Parteienwesens, Errichtung von Massenorganisationen auf der Grundlage des Einheitsverbandsprinzips etc.). Dieses neue System schnitt die Mitgliedschaften von Parteien und Verbänden soweit von ihren Sozialisationserfahrungen ab, daß sie für die nunmehr geforderten gesellschaftlichen Wertorientierungen und politischen Verhaltensmuster kaum mobilisiert werden konnten: Der Februarumsturz 1948 vollzog sich über den Köpfen einer wie 1938/39 qua Organisation mediatisierten Bevölkerung als „passive Revolution“, wie es ein amerikanischer Historiker formuliert hat<sup>3</sup>.

II. Es soll genügen, an drei Beispielen zu zeigen, wie Broklová die hier skizzierten Zusammenhänge wiedergibt. So unterschlägt sie bei meiner Bemerkung, das gesellschaftlich-politische System der ČSR sei an die Grenzen seiner Problemlösungskapazität gestoßen (S. 385), die Tatsache, daß ich diesen Begriff ausdrücklich auf das Konfliktregelungsmuster der paktierten Gesetzgebung bzw. des Junktims beziehe, das sich – wie oben schon erwähnt – jedenfalls in den dreißiger Jahren (allerdings auch schon davor) als zu begrenzt erwies. Mit dem Falschgeld dieser Simplifizierungsstrategie verschafft sich Broklová die sympathieheischende Pose, daß sie gegen jemanden

<sup>2</sup> Mit bis heute nicht übertroffener Prägnanz dazu Kennan, George F.: *From Prague after Munich: Diplomatic Papers 1938–1940*. Princeton 1968, 99.

<sup>3</sup> Bloomfield, Jon: *Passive Revolution. Politics and the Czechoslovak Working Class 1945–1948*. New York 1979.

zu Felde zieht, der grundsätzliche Zweifel an der Lebensfähigkeit der „offenen Gesellschaft“ hegt. Zweitens meint Broklová, daß ich das spezifische Demokratieverständnis Masaryks als einen der verursachenden Faktoren für die Entstehung der Zweiten Republik und die Etablierung der kommunistischen Herrschaftsordnung betrachte (S. 389). Dazu nur dies: Mir geht es nicht um die ideelle Genese der auf die Erste Tschechoslowakische Republik folgenden politischen Systeme. Was mich allein interessiert, sind Strukturen der Organisation gesellschaftlicher und politischer Interessen, die die Systemzusammenbrüche von 1938/39 und 1948 vergleichbar machen. Gerade das, was nach dem Zweiten Weltkrieg an Vorkriegstraditionen noch lebendig war, kam den kommunistischen Machtsicherungsstrategien entgegen. Zu diesen Vorkriegstraditionen gehörte die Neigung der politischen Eliten (einschließlich Masaryks), die institutionellen Arrangements der parlamentarischen Demokratie durch informelle Vermittlungs- und Entscheidungsstrukturen zu „entlasten“, ihnen dergestalt Konflikte zu ersparen<sup>4</sup> (was nicht für das Vertrauen in diese Institutionen spricht) und sie damit zugleich ihres Eigengewichts zu berauben: Die von niemandem kontrollierte, der Nationalversammlung als „Filter“ vorgelagerte Nationale Front, die sich im September 1947 noch einmal bindend versichern ließ, daß alle Abgeordneten im Parlament so abstimmen würden, wie es die Beschlüsse der Nationalen Front vorsahen, tat in diesem Sinne nichts anderes als die von niemandem kontrollierte Pětka vor 1938. Herausragende Vertreter der nichtkommunistischen Parteien haben das denn auch – wie eingangs erwähnt – ausdrücklich bestätigt. In besonders krude Formeln kleidet Broklová meine Anmerkungen zur Frage der hochgradigen Zersplitterung organisierter gesellschaftlicher und politischer Interessen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (S. 390 f.). Ihr eifernder, breit ausgeführter Einwand, Zersplitterung als solche sei nicht aussagekräftig, geht freilich völlig ins Leere, da ich die Fragmentierung des gesellschaftlich-politischen Systems der ČSR – was unsere Autorin verschweigt – nur in der Verknüpfung mit zwei Sachverhalten diskutiere, die dem Problem überhaupt erst das Gewicht eines Strukturmerkmals geben, nämlich a) mit der Abkoppelung sozialer Interessen von zentralen politischen Entscheidungsarenen (besonders deutlich am industriellen Konflikt), die ihre Einbeziehung in das politische System schwächt, und b) mit der nochmaligen Desintegration organisierter gesellschaftlicher Interessen auf der Ebene der Segmentierung des Parteienwesens, die die Bildung von Allianzen auch bei inhaltlich übereinstimmenden Interessen außerordentlich erschwerte<sup>5</sup> und das Parteienwesen unter dem Aspekt einer effektiven Regelung gesellschaftlicher Konflikte gerade nicht als integrierenden Faktor erscheinen läßt.

<sup>4</sup> Bestätigend zu dieser Konfliktvermeidungsstrategie der Hinweis Broklovás auf die übliche Praxis, Gesetzentwürfe noch vor ihrer Verabschiedung durch das Parlament Masaryk vorzulegen. Vgl. oben, S. 403.

<sup>5</sup> Am Beispiel des tschechoslowakischen kleingewerblichen Sektors der Zwischenkriegszeit dazu neuerdings Marek, Pavel: K problematice včleňování českých středních vrstev do politického systému ČSR v letech 1918–1938 [Zur Problematik der Eingliederung der tschechischen Mittelschichten in das politische System der ČSR in den Jahren 1918–1938]. In: Masarykova filozofie pojetí demokracie a existence pluralitního politického systému 1. republiky. Sborník příspěvků ze IV. ročníku semináře Masarykova muzea v Hodoníně 21.–22. 11. 1996. Hodonín 1997, 58–73.

Meine Argumente mögen wissentlich oder unwissentlich unrichtig wiedergegeben worden sein: Das Ergebnis ist jedenfalls ein Ausmaß ihrer Entstellung, das eine sachbezogene Diskussion nicht zuläßt. Nun gibt sich Broklová keineswegs mit dem historischen Gegenstandsbereich als solchem zufrieden; ihr geht es auch um Methoden, um die Theorie, um Konzeptionelles (S. 384). Da ich auf dieser Ebene womöglich noch schlimmerer Defizite geziehen werde, scheint sich zumindest hier ein Ansatzpunkt zu bieten, um in eine Auseinandersetzung einzutreten, die von der Natur des Gegenstands her dann freilich eher über den Sachen steht als in ihnen.

III. Broklová möchte nicht, daß man sich der Ersten Tschechoslowakischen Republik mit dem Begriffsapparat nähert, den ich in meinen Beiträgen benutze: dieser sei abstrakt, zeige keinen Respekt vor den historischen Tatsachen, sei unverständlich und verhindere Erkenntnis, anstatt sie zu fördern (S. 385). Soweit der Vorwurf der Unverständlichkeit meine Fähigkeiten betrifft, Sachverhalte klar zu formulieren, nehme ich ihn mir reuevoll zu Herzen, soweit er aber eine Art des Denkens betrifft, bedarf er der Erläuterung.

Vorauszuschicken wäre, daß Broklovás harsche Einwände wohl nicht als Ablehnung strukturgeschichtlicher Interpretationsversuche überhaupt zu verstehen sind, da auch sie den Anspruch erhebt, die politische Ordnung der Ersten Tschechoslowakischen Republik als System darzustellen<sup>6</sup>. Zweitens entnehme ich alle Begriffe dem üblichen sozialgeschichtlichen Vokabular bzw. der Sprache der historisch orientierten Soziologie<sup>7</sup>. Daß ich – drittens – gerügt werde, respektlos mit den historischen Tatsachen umzugehen<sup>8</sup>, ist nur noch einmal ein Beleg dafür, daß Broklová zu der Fragestellung, um die es geht, nichts zu sagen weiß, wie an der unterschiedlichen Einord-

<sup>6</sup> Broklová, Eva: Československá demokracie. Politický systém ČSR 1918–1938 [Die tschechoslowakische Demokratie. Das politische System der ČSR 1918–1938]. Praha 1992.

<sup>7</sup> Sehr viel gelernt habe ich aus der britischen „industrial democracy“-Forschung und den Studien von M. Rainer Lepsius, die am leichtesten in dieser Aufsatzsammlung zugänglich sind: Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen, Institutionen. Opladen 1990.

<sup>8</sup> Broklová ist nicht legitimiert, als jemand zu posieren, der den historischen Fakten eine sorgfältige Behandlung angedeihen läßt. Daß die Autorin keine Skrupel kennt, dem Leser krasse Unwahrheiten aufzutischen, mag das folgende Beispiel zeigen: Zum „Beweis“ dessen, daß die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei in Zeiten wirtschaftlicher Not durch die Regierung in höherem Maße unterstützt wurde, als dies dem Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung der ČSR entsprach, teilt die Autorin mit, daß in den Jahren 1930–1935 über die deutschen Gewerkschaften mehr als 42 Prozent der für die Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Mittel ausgezahlt wurden, obwohl der deutsche Bevölkerungsanteil erheblich niedriger lag. Broklová: Československá demokracie 139. Arbeitslosenunterstützung – und das verschweigt die Autorin wohlweislich – wurde über das in der Tschechoslowakei eingeführte Genter System staatlicherseits jedoch grundsätzlich nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ausgezahlt, so daß die genannten 42 Prozent lediglich den Anteil an der Gesamtsumme der Unterstützung wiedergeben, der den Arbeitern deutscher Nationalität aufgrund ihres gewerkschaftlichen Organisationsgrades zustand.

Broklová wäre außerdem gut beraten, sich ihres hausbackenen positivistischen Tatsachenbegriffs nicht mehr als Argument gegen andere zu bedienen, da die scharfsinnigeren (und mittlerweile repräsentativen) Spielarten des neueren Positivismus (Popper) diesen Tatsachenbegriff schon vor Jahrzehnten beerdigt haben. Vgl. Popper, Karl R.: Conjectures and Refutations. London 1963, 23 und 387.

nung des *Národní souručenství* deutlich wird: Broklová besteht darauf, daß dem *Národní souručenství* auch Demokraten angehörten und der Großverband nicht kollaborierte (dies die historische Tatsache, der ich Respekt zu zollen hätte). Mich dagegen interessieren die strukturellen Voraussetzungen, unter denen ein demokratisches gesellschaftliches Organisationssystem in eine autoritäre Großorganisation mit ständestaatlich-faschistischer Programmatik übergeht. Broklovás Versuch, die Gebietsverluste und die schließliche Zerschlagung der Tschechoslowakei als Erklärungsformel für den Zerfall und die radikale Umorientierung des gesellschaftlich-politischen Organisationssystems ins Spiel zu bringen, suggeriert einen einsinnigen Bedingungs-zusammenhang zwischen dem Verlust staatlicher Souveränität und anschließender autoritärer politischer Entwicklung, der – sollte er sich nur auf die Tschechoslowakei beziehen – den Schluß nahelegt, Demokratie sei in der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik eine abhängige Variable außenpolitischer Stabilität und damit gewissermaßen inauthentisch gewesen. Sollte dieser Bedingungs-zusammenhang aber allgemein gelten, ist er empirisch nicht haltbar: Als die braune Barbarei im September 1939 Polen überflutete, standen auf den Barrikaden Warschaus „Bürgerbataillone“, die nach den Parteien der Zweiten Republik organisiert waren<sup>9</sup> und so demonstrieren, daß selbst eine Staatskrise größten Ausmaßes die soziale Verankerung und damit die Stabilität der politischen Organisationen nicht in Mitleidenschaft ziehen konnte<sup>10</sup>. Schließlich und viertens verzichtet Broklová auf eine nähere Erläuterung ihrer unwirschen Feststellung, daß die von mir verwendeten Begriffe Erkenntnis verhindern. Nun sind diese Begriffe – auf ihre Herkunft wurde oben hingewiesen – allesamt aus Untersuchungen zum üblichen Typus der Klassengesellschaft des 20. Jahrhunderts herausgezogen worden, und die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit ist ja wohl doch diesem Typus zuzurechnen, auch wenn Broklová die dadurch bedingte konzeptionelle Nivellierung für einen Frevel an der Würde ihres Forschungsgegenstandes (S. 405 f.) halten mag. Zudem können natürlich Erkenntnisinteressen nach Art und Reichweite so erheblich differieren, daß sich zwischen ihnen keine begriffliche Brücke mehr schlagen läßt. Ob man beispielsweise – wie Broklová – zur Einschätzung der Rolle Masaryks in der Ersten Tschechoslowakischen Republik den biedereren Katechismus seiner Jünger noch einmal nachbetet (S. 401) oder anhand dieser öffentlich fingierten übermächtigen Figur den Versuch unternehmen würde, die psychosoziale Genese kollektiver Wunschträume und ihre Umleitung auf Mechanismen gesellschaftlicher Idolbildung zu analysieren – das sind nun einmal verschiedene Welten, die sich nach Begriffsapparat, Erkenntnisinteresse und Erkenntnisgewinn wechselseitig ausschließen.

<sup>9</sup> Dunin-Wąsowicz, Krzysztof: *Polski ruch socjalistyczny 1939–1945* [Die polnische sozialistische Bewegung 1939–1945]. Warszawa 1993, 14–31.

<sup>10</sup> Wie tief dagegen auf der tschechischen bzw. tschechoslowakischen Seite die Destabilisierung gerade des Parteiensystems in der Krise der Jahre 1938–1939 ging, zeigte sich später bekanntlich auch im tschechoslowakischen politischen Exil in London, wo Beneš mühelos durchsetzte, daß nicht die Parteien ihre Vertreter in die Exilinstitutionen delegierten, sondern er selbst diese Institutionen mit ihm genehmen Personen – auch aus den Kreisen der Parteien – besetzte. Vgl. Brandes, Detlef: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran*. München 1988, 95 (VCC 59).

Broklovás Rundumschläge spannen den Leser auf die Folter: Je grobschlächtiger ihre Attacken, desto größer die Neugier, wie denn nun ihre eigenen Interpretationen aussehen, die unter der Bezeichnung „Theorie“ daherkommen und nach Auskunft der Autorin sogar die Weihe internationaler Tagungen empfangen haben und dort als dem „Standard“ genügende Muster gewürdigt worden seien (S. 384).

Welchen Einsichten Broklová bei der komparativen Untersuchung politischer Systeme und welcher Erkenntnis sie nachstrebt, liest sich folgendermaßen: Der Vergleich des tschechoslowakischen politischen Systems mit anderen politischen Systemen der Zwischenkriegszeit führe zu der überraschenden Erkenntnis, daß sich Elemente dieses Systems, die bei isolierter Betrachtung „problematisch“ erscheinen könnten, auch in anderen politischen Systemen wiederfinden. Dies biete die Möglichkeit zu „entsprechenden theoretischen Schlußfolgerungen“ im Hinblick auf die Einschätzung des tschechoslowakischen politischen Systems (S. 383 f.). Dem Leser schwant, worauf das hinauslaufen soll, und seine Ahnung trügt ihn nicht: Eine Probe aufs Exempel liefert Broklová in ihrem Buch über die tschechoslowakische Demokratie, das auch dazu dienen soll, die Spezifika der Ersten Tschechoslowakischen Republik in den „allgemeinen Kontext der europäischen und der Weltgeschichte“ einzuordnen<sup>11</sup>. Dort kann sich die Autorin zwar zunächst nicht ganz entscheiden, wie etwa die Pětka im politischen System der ČSR zu bewerten sei<sup>12</sup>, beendet das Rätselraten dann aber doch mit der „theoretischen Schlußfolgerung“, so etwas wie die Pětka habe es schließlich auch in anderen Ländern gegeben<sup>13</sup>.

Das ist alles so schön, daß man gar nicht widersprechen mag. Das alles zeigt zugleich noch einmal die Grenzen einer Diskussion mit Broklová: Wenn das Erkenntnisinteresse gerade dort, wo es über den eigenen nationalen Horizont hinausgeht, nur so weit reicht, um sich in seiner intellektuellen Provinzialität („anderswo war es auch nicht besser“) selbstzufrieden einrichten zu können, dann geht es nicht im Ernst darum, die Erste Tschechoslowakische Republik auf den angemessenen Begriff zu bringen. Vielmehr geht es darum, die Zwischenkriegsrepublik gegen einen analytischen Zugriff, der den verlangten Kotau vor dem Forschungsgegenstand nicht macht, für ein Stück erbaulicher Historie im Sinne jenes volkspädagogisch orientierten öffentlichen Ermunterungsdienstes zu retten, dem sich neben Broklová freilich auch eine ganze Reihe anderer tschechischer Historiker verschrieben haben<sup>14</sup>. Als ein Vehikel zur Herstellung dieser Erbaulichkeit fungiert – wie auch und gerade Broklovás Schriften zeigen – die Person des ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, dem inzwischen kolossale Dimensionen zugeschrieben werden: Den faszinierten Leser läßt Broklová wissen, daß Masaryks Wirken im sozialen Bereich ungleich effektiver gewesen sei als die Implementierung verfassungsmäßig verbürgter sozialer

<sup>11</sup> Broklová: *Československá demokracie* 9.

<sup>12</sup> Ebenda 46, 150.

<sup>13</sup> Ebenda 45.

<sup>14</sup> Vgl. u. a. Valenta, Jaroslav: *My a naši sousedé v Podivenovi* [Wir und unsere Nachbarn im Podiven]. *Dějiny a současnost* 1992, H. 3, 56–58. – Olivová, Věra: *Manipulace s dějinami první republiky* [Manipulationen der Geschichte der Ersten Republik]. *ČČH* 91/3 (1993) 442–459.

Rechte in anderen Ländern (S. 402), wofür die Autorin denn auch gleich den Beweis antritt: Masaryk habe nie eine Arbeiterdeputation vergeblich an seine Tür klopfen lassen, auch wenn sich diese gar nicht angemeldet hatte (S. 401).

Andererseits sollte man die Vorteile einer um Masaryk zentrierten Tschechoslowakei-Forschung nicht verkennen. Denn dem grübelnden Forscher, der sich keinen Rat mehr weiß, bietet sich Masaryk als Klabaufmann<sup>15</sup> an: Ist die Erklärungsnot am größten, ist Masaryk am nächsten. Niemand weiß das besser als Broklová, in deren Buch über das politische System der ČSR zwischen 1918 und 1938 sich ein Siebenteil aller Anmerkungen auf Werke Masaryks und Benešs bezieht<sup>16</sup>, wobei das Diktum der Autoritäten im Streit der Meinungen durchaus Letztgültigkeit beansprucht: Sind deren Worte erst einmal gefallen, gibt es nichts mehr zu sagen. Dies gilt in gleicher Weise für die von Broklová bemühten wohlwollenden Urteile ausländischer Kapazitäten über die Tschechoslowakei (S. 405f.).

Der beflissen-devote Umgang Broklovás mit den Autoritäten vergangener Zeiten hat seine komischen Züge. Gleichwohl mag es so sein, daß die gesellschaftliche Situation nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in gewissem Maße nach einem an vorkommunistische Verhältnisse anknüpfenden Denken verlangt, das die Dimension der Erinnerung offenhält und der Erosion des Überlieferten entgegenwirkt. In diesem Sinne ist Nietzsches monumentalische Geschichtsschreibung offenbar immer noch ein probates Mittel: Sie richtet sich auf das „vergangene Große“, das der Gegenwart mit dem imperativen Anspruch des Modells entgegentritt. Das vergangene Exempel soll zum Ausbruch aus der aktuellen Malaise ermutigen und der Gegenwart Sinn und Perspektiven des Handelns verleihen, wie in der Betrachtung über „Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ dargelegt wird<sup>17</sup>.

Aneignung von Traditionen wird gewiß nur dann zur lebendigen Anwendung auf die gegenwärtige Situation, wenn die zukunftssträchtigen Ideen der Vergangenheit von mitgeschleppter Apologetik geschieden werden. Bei Broklová ist Erbaulichkeit die Tünche der Apologetik, und wie mühsam sie gegen widerstreitende Realitäten durchgehalten werden muß, zeigt sich schon am Wandel der Diktion der Autorin, wenn sie sich bei der Betrachtung der Ersten Tschechoslowakischen Republik von Masaryk ab- und profanen Dingen zuwendet: Während das Idol in der historischen Manier der „Kultur des Allesverstehens“ (Dilthey) mit kaum noch zu überbietender Betulichkeit nachempfunden wird, schlägt Broklová unvermutet einen aggressiven, geradezu ruppigen Ton an, wenn Störenfriede in ihre Idylle einbrechen, etwa das slowakische Problem der Zwischenkriegsrepublik, das sie denn auch flugs wieder aus der Welt schafft, indem sie es umstandslos und unter ganz erheblicher Verkürzung des Problemzusammenhangs allein dem Sündenkonto der Slowaken anlastet<sup>18</sup>.

<sup>15</sup> Kobold im norddeutschen Volksglauben, der a) in schwierigen Lagen hilft oder b) einem Schiff Unglück bringt.

<sup>16</sup> Heumos, Peter: Probleme des Neuanfangs. Bemerkungen zu Konzeptionen und Methoden der tschechischen zeitgeschichtlichen Forschung nach 1989. *BohZ* 34/2 (1993) 359–380, hier 379.

<sup>17</sup> Nietzsche, Friedrich: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. In: *Der s.: Werke in drei Bänden*. Bd. 1. Köln 1994, 154–242.

<sup>18</sup> Broklová: *Československá demokracie* 124.

An dieser Stelle deutet sich an, daß Broklová die Kontrolle über ihren Untersuchungsgegenstand entgleitet. Es ist ihr Ziel, den demokratischen Charakter der Ersten Tschechoslowakischen Republik nicht nur – worauf ich mich beschränke – anhand institutioneller und organisatorischer Aspekte zu erfassen. Demokratie sei vor allem ein „Zustand der Gesellschaft“ und habe in der Praxis „seit den Zeiten Perikles“ auch so funktioniert (S. 390). Meine Fragestellung sei daher beschränkt, mir fehle die Kenntnis der großen Theoretiker, die Demokratie als eben jenen „Zustand der Gesellschaft“ verstanden haben (S. 390). Daß es mit der Bestimmung von Demokratie schwierig wird, wenn diese äußerer Objektivierungen und institutioneller Voraussetzungen gar nicht mehr bedarf, sondern auf eine Art psychischen Habitus reduziert wird, muß indessen auch Broklová eingestehen, die auf der Suche nach Indikatoren für den demokratischen Zustand der Gesellschaft der ČSR unter Ausschluß institutioneller Faktoren nicht so recht fündig wird, es sei denn, wir wollten die mysteriöse Kategorie des „instinktiven Demokratismus“ der Slawen<sup>19</sup> auf ihrer Habenseite verbuchen. Daher hält sich die Autorin bei der Charakterisierung der tschechoslowakischen Demokratie – nichts anderes war zu erwarten – dann lieber doch an die einschlägigen Sentenzen der Autoritäten. Um im Beispiel zu bleiben: Maßgebend ist nicht, was die Slowaken unter Demokratie verstanden, sondern was sich die Autoritäten über Demokratie im Verhältnis zu den Slowaken dachten<sup>20</sup>. Daß sich Broklová vom „demos“ in puncto Demokratie ohnehin nicht viel erwartet, daß sie sich vielmehr durch die intimen Zwiegespräche mit den Großen vergangener Epochen und deren geistige Exklusivität nun selbst zu elitären Höhenflügen ermuntert fühlt, gibt sie uns mit aller wünschenswerten Klarheit zu verstehen. Ein immer wiederkehrender Topos ihrer Ausführungen zur Ersten Tschechoslowakischen Republik sind die „Massen“, ist der „Fanatismus“ der Massen, ist die „Vermassung“, die in der Zwischenkriegszeit zum Verfall des „moralischen und geistigen Niveaus“ geführt habe, sind die Massen, die „nichts anderes verlangen, als zu glauben“, sind die „undemokratischen Massen“<sup>21</sup> – ein Vokabular wie aus den Lehrbüchern der rechtskonservativen Anwälte einer autoritär-elitären „Erneuerung der Demokratie“ in der Zwischenkriegszeit vom Schläge eines Ortega y Gasset.

Broklovás Vorwurf, mir fehle die Kenntnis der Literatur über Demokratie als „Zustand der Gesellschaft“ seit den Zeiten des Perikles, hat mir die Mangelhaftigkeit meiner Lernprozesse im Hinblick auf die frühen Grundlagen der europäischen Kultur schmerzlich zu Bewußtsein gebracht. Was aber die alten Griechen ihrerseits der belesenen Autorin voraushatten, war ein ironisch-distanziertes Verhältnis zu den von Broklová so geschätzten Autoritäten, weil sie wußten – wie in anekdotischer Form überliefert ist –, unter welchen Umständen Autoritäten erzeugt werden können. Psaphon, ein junger lydischer Hirte, hatte Vögel dazu abgerichtet, ihm nachzusprechen: „Psaphon ist ein Gott.“ Als Psaphons Mitbürger die Vögel so schwätzen hörten, feierten sie ihn als einen Gott<sup>22</sup>.

<sup>19</sup> Ebenda 106. Diesen Topos zitiert Broklová nach Edvard Beneš.

<sup>20</sup> Ebenda 115 ff.

<sup>21</sup> Ebenda 101 f., 146.

<sup>22</sup> Zit. nach Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen. Frankfurt/M. 1983, 102.

Wie oben schon angedeutet, steht Broklová für Tendenzen, an denen inzwischen eine ganze Reihe tschechischer Historiker Geschmack findet. Es ergibt sich aus der Logik der Sache selbst, daß vor allem die frühen Nachkriegsjahre 1945–1948 nach Denkmustern verlangen, die den Faden Broklovás weiterspinnen. Wenn die historiographische „Resurrektion der gefallenen Demokratie“ einen attraktiven Anknüpfungspunkt braucht und die Erste Tschechoslowakische Republik daher mit dem entsprechenden demokratischen Glanz ausgestattet werden muß, dann wird freilich der Übergang zum Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg zum Problem: Wie ist es dann nämlich zu erklären, daß es gerade die tschechoslowakische Republik war, jene vielbeschworene „demokratische Insel in einem Meer des Faschismus“, die nach 1945 mit vollen Segeln Kurs auf den Kommunismus nahm und der KPTsch in den freien Wahlen von 1946 ein Ausmaß legitimer Herrschaft verschaffte, das im damaligen Europa seinesgleichen suchte?

Das Rezept, mit dem man diese Ungereimtheit aus der Welt schaffen möchte, ist ebenso simpel wie bewährt: Die politische Distanzierung vom Kommunismus, zu der man sich verpflichtet fühlt, wird dazu genutzt, die Durchsetzung des Kommunismus in der Tschechoslowakei zu „externalisieren“, d. h. auf die Einwirkung äußerer Bedingungsfaktoren zurückzuführen. Triumphierend teilt uns Broklová mit, schon 1993 sei eine vom Prager Institut für Zeitgeschichte (*Ústav pro soudobé dějiny*) veranstaltete internationale Konferenz zu dem Ergebnis gekommen, daß die „Errichtung des totalitären kommunistischen Regimes“ in der Tschechoslowakei, also der Februarumsturz 1948 und seine Vorgeschichte, der „Einwirkung äußerer Faktoren“ zuzuschreiben sei (S. 398). Inzwischen ist man freilich schon „einen Schritt weiter“, verzichtet auf das im Detail doch recht mühselige und methodisch tückevolle Abwägen äußerer und innerer Voraussetzungen der kommunistischen Machtübernahme und führt erstere unter der Hand, jedenfalls ohne explizite Begründung, als das unbestritten dominierende Element ein. Die Radikalisierung der „Externalisierung“ läßt sich jedoch vor allem daran ablesen, daß mittlerweile auch gewichtige Teile des Spektrums der inneren Bedingungsfaktoren den von außen auf die Tschechoslowakei einwirkenden Kräften zugeschlagen werden: Auf der im Februar 1998 von dem oben erwähnten Prager Institut für Zeitgeschichte organisierten internationalen Tagung anläßlich des 50. Jahrestages des kommunistischen Coup d'Etat in der Tschechoslowakei<sup>23</sup> wurde der Topos von der KPTsch als „fünfter Kolonne“ (Moskaus) höchst beifällig aufgenommen. Solche handlichen Formulierungen sind die endgültige Absage an jede klare Analyse der sozialen Konflikte, politischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen 1945 und 1948, indem sie eine Begrifflichkeit lancieren, die noch vor jeder ersten Annäherung an den Untersuchungsgegenstand ein Meinungsklima herzustellen sucht, das sich nicht auf Erkenntnis richtet, sondern auf die Befestigung eines verschwiegenen Vorverständnisses des Untersuchungsgegenstandes und auf politische Identifikation. In diesem Sinne hat die Prager Konferenz nichts ausgelassen: Als Wesensmerkmale kommunistischer Politik

<sup>23</sup> Institute of Contemporary History, Academy of Science, Prague. International historical conference: The Czechoslovak 'February' 1948: Preconditions und Repercussions at Home und Abroad. Prague, 19–21 February 1998.

figurierten in den Referaten Unterwanderung und Verschwörung, Camouflage und politische Immoralität, Terror, Geheimdienst-Rankünen, getarnte und ungetarnte fellow-travellers, „Maulwürfe“, fern- und fremdgesteuerte Gruppen mit dunklen Absichten, ganz zu schweigen von den Spitzenakteuren im dämonischen Machtspiel der Kommunisten, deren Namen – an der rechten Stelle präsentiert – die Ahnung kommenden Unheils provozieren. Mit einem Wort: Das ganze Arsenal von stereotyp eingeschlifenen Wahrnehmungsweisen der Literatur des Kalten Krieges wurde ausgebreitet.

In der Summe fügen sich diese suggestiven Topoi wie von selbst zu der (mehrfach allerdings auch ausdrücklich formulierten) Vorstellung zusammen, daß die KPTsch zwischen 1945 und 1948 zu jeder Zeit nach Belieben über die gesamte tschechische und slowakische Gesellschaft verfügen konnte. Wenn Gesellschaft nur noch Marionette ist, alle ihre Bewegungen bloß „bedeutet“ sind von einem omnipräsenten Machtgebilde, sie also gar nicht mehr aus sich selbst heraus lebt und zu verstehen ist, dann macht es keinen Sinn mehr, sie überhaupt noch in die Analyse einzubeziehen: Sie darf – weil nicht selbstbestimmt und somit auch der Verantwortung für sich selbst entoben – von der Bühne abtreten. Nur am Rande der Prager Konferenz regte sich Widerspruch gegen diese Art historiographischer Alchimie in dem Versuch, die langfristigen sozialen Voraussetzungen des Februarumsturzes 1948 in Erinnerung zu rufen und Gesellschaft als authentischen inneren Machtfaktor und kritisch erforschbare historische Lebenswelt überhaupt erst wieder in die Diskussion einzuführen.

Wie von selbst erledigen die oben aufgelisteten affirmativen Wahrnehmungsschemata auch die Frage nach den Perspektiven von Widerstand gegen die Etablierung des kommunistischen Herrschaftssystems in der Tschechoslowakei. Wenn niemand einen Schritt tun konnte, ohne daß sich kommunistische Agenten, Spitzel und Drahtzieher bereits hinter seinem Rücken postiert hatten und die Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Kommunisten nach dem Muster des Wettlaufs zwischen dem Hasen und dem Igel verlief – wie sollte dann überhaupt noch sinnvollerweise auch nur nach den Bedingungen der Möglichkeit von Widerstand gefragt werden? Damit sich jedoch kein unliebsames Mißverständnis einschleicht, halten die Intellektuellen von heute zumindest für das Verhalten der Intellektuellen von damals, nämlich für die prokommunistischen Neigungen der „jungen humanistischen Intelligenz“ der Jahre 1945–1948 eine Erklärung bereit, die uns noch einmal den salvierenden Effekt der Innen-Außen-Differenz in der tschechoslowakischen Zeitgeschichte vor Augen führt: Die „Störung des Gleichgewichts“ der Generationen durch die nationalsozialistische Ausrottungspolitik habe nach dem Zweiten Weltkrieg die „Widerstandsfähigkeit“ der jungen tschechoslowakischen Intelligenz gegenüber der kommunistischen Ideologie geschwächt<sup>24</sup>.

Die „Rückkehr auf den eigentlichen Pfad der Geschichte“ nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft bietet viele Rezepte zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte an. Eines davon führt über den Aufbau von Historie als Refugium der Erbaulichkeit zur Musealisierung geschichtlicher Traditionen, ein anderes entläßt die Individuen unter Berufung auf das „von außen über uns hereingebrochene Verderben“ aus ihrem Mitwirken am geschichtlichen Lebenszusammenhang. Beide Verfah-

<sup>24</sup> Olivová: Manipulace 447.

ren sind Indizien für eine zunehmende inhaltliche Ausdünnung und Verödung der tschechischen zeitgeschichtlichen Forschung. Biedermeier ist kein historiographisches Programm – es sei denn, man würde es als Weltbildresiduum der sozialistischen Ära selbst zum Gegenstand einer Besinnung der zeitgeschichtlichen Forschung auf ihre Grundlagen machen.